

45272026

Protokoll

über die

Einwohnerversammlung

zum Thema

“Wesentliche Änderung einer Schweinezuchtanlage und Errichtung einer Biogas-Anlage im Ortsteil Eggersdorf”

am Mittwoch, den 12. September 2012

Ort: Stadtpfarrkirche St. Marien Müncheberg

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 21:40 Uhr

Moderation: Prof. Dr. Klaus Müller

Im Podium wird die Bürgerinitiative vertreten durch Frau Marga van Tankeren und Herrn Jörg Moritz (benannte Vertrauenspersonen). Die SVV Müncheberg wird vertreten durch Frau Dr. Uta Barkusky (Bürgermeisterin) und Herrn Frank Hahnel (Vorsitzender der SVV).

Es sind ca. 200 Einwohner und Interessierte anwesend, darunter weitere Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und Vertreter der Bürgerinitiative.

Einleitend gibt Herr Prof. Müller einige Informationen, worum es heute geht. Es geht um ein Investitionsprojekt, das noch nicht entschieden ist. Derzeit läuft beim Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) das Genehmigungsverfahren. Es handelt sich um zwei separate Genehmigungsverfahren: (1) um die Erweiterung einer Schweinezuchtanlage und (2) um den Bau einer Biogasanlage. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Rolle der Stadt in diesem Genehmigungsverfahren. Die Stadt Müncheberg wurde als ein Träger öffentlicher Belange (TöB), genau wie der Landkreis, gefragt und hat, ebenso wie die Fachämter des Landkreises ihr Einvernehmen erteilt.

Im Vorfeld fand Anfang Juli in Rehfelde ein offizieller Erörterungstermin der Genehmigungsbehörde statt. Das Protokoll über diesen Erörterungstermin ist den Beteiligten in der letzten Woche zugegangen.

Die Einwohnerversammlung zielt ab auf (1) die Schaffung von Transparenz (welche Entscheidungen wurden bereits getroffen) und (2) die Bedenken und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger der Region im Zusammenhang mit diesem Projekt zum Ausdruck zu bringen.

Die Überlegungen sollten dahin gehen, in welchen Teilaspekten man gemeinsame Lösungen entwickeln kann, weil man bereit ist, nach Kompromissen zu suchen oder ob Mehrheiten, die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Gerichte entscheiden.

In Vorbereitung auf die Einwohnerversammlung hat Herr Prof. Müller Gespräche mit Vertretern der Bürgerinitiative und mit der Stadt geführt. Im Ergebnis wurde abgestimmt, dass im ersten Themenblock abgehandelt wird, was bisher passiert ist, so dass alle auf einem einheitlichen Informationsstand sind. Darauf aufbauend kann anschließend diskutiert werden, welche Befürchtungen bestehen.

Die Diskussion wird eröffnet mit einer Stellungnahme von Herr Lutz Piel aus Eggersdorf:

- Herr Bornheimer ist Mitglied der CDU-Fraktion, die CDU-Fraktion hat dem Antrag geschlossen zugestimmt;

- er hat rechtliche Bedenken in Bezug auf die Befangenheit von Herrn Bornheimer; wurde die Befangenheit weitreichend geprüft? (möchte den § 22 der BbgKVerf dabei außen vor lassen);
- warum gibt die CDU-Fraktion dem wirtschaftlichen Interesse eines Parteikollegen den Vorrang gegenüber den Interessen der Allgemeinheit?

Antwort Herr Buchholz – Vorsitzender der Fraktion der CDU:

- Zum Thema Befangenheit gibt es klare Regelungen in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf);
- auch die Mitglieder der CDU-Fraktion sind frei gewählte Stadtverordnete, sie machen sich ihr eigenes Bild und entscheiden nach ihrem persönlichen Gewissen;
- es besteht kein Fraktionszwang, eine Befangenheitssituation ist für die Fraktionsmitglieder nicht zu sehen, mit Ausnahme der Einzelperson Herr Bornheimer;
- Herr Bornheimer hat für alle Abstimmungen seine persönliche Befangenheit angezeigt,

Frage von Frau Gesine Obertreis – aus Müncheberg - an Herrn Buchholz:

- Wenn jemand anderes als Herr Bornheimer einen solchen Antrag gestellt hätte, wäre dieser ebenfalls ohne Wenn und Aber befürwortet worden?

Herr Buchholz kann diese Frage eigentlich nicht beantworten, da es eine theoretische Frage ist. Er versichert aber, dass bei identischer Sachlage ebenso entschieden worden wäre.

Frau Obertreis richtet sich an Herrn Bornheimer:

- Herr Bornheimer ist seit 2009 stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses, seit 2012 beratender Bürger im Wirtschaftsausschuss des Kreistages und seit 2011 Vorsitzender des Ausschusses für Bauen, Umwelt, Ordnung und Sicherheit der Stadtverordnetenversammlung Müncheberg;
- Können Sie verstehen, dass die Bürger(innen) sich fragen, welche Interessen Sie in diesen Ausschüssen vertreten? Sind das die eigenen?

Antwort Herr Bornheimer:

- Er musste mit einer derartigen Frage rechnen, er hat sich lange geziert, den Vorsitz des Bauausschusses zu übernehmen;
- bezüglich seines Antrages hat er sich aus allen Diskussion herausgehalten (ist sogar rausgegangen) und war bei keiner Entscheidung dabei, wie es die Kommunalverfassung vorschreibt;
- er hat auch nicht versucht, die Stadtverordneten in ihrer Entscheidungsfindung zu beeinflussen,

Frau van Tankeren:

- die Bürgerinitiative (BI) sieht nach wie vor einen Interessenskonflikt zwischen den vielen Funktionen von Herrn Bornheimer in kommunalen Gremien und seiner Funktion als Investor,
- sie veranschaulicht das an einem konkreten Beispiel, am 27.08.2010 fand in Eggersdorf eine Informationsveranstaltung über die Erweiterung einer Schweinezuchtanlage statt;
- Hat Herr Bornheimer diese Veranstaltung als Stadtverordneter, stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses, als berufener Bürger im Wirtschaftsausschuss des Kreises, als Vorsitzender des Bauausschusses oder Investor geführt? Ist das überhaupt zu trennen?

Herr Bornheimer antwortet, dass er zur damaligen Zeit weder im Wirtschaftsausschuss des Kreises noch Vorsitzender des Bauausschusses der Stadt war. Es ging ausschließlich um das Vorhaben und die Vorstellung erfolgte durch das Planungsbüro.

Herr Gräf hat eine Anfrage zur Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung (SVV).

- Eggersdorf ist Ortsteil der Stadt Müncheberg. Auf welcher Grundlage wurde entschieden, dass ein solches Vorhaben nach Eggersdorf kommt?
- Er hatte schon zur letzten SVV eine Anfrage gestellt. Anhand der Protokolle war nur nachzuvollziehen, dass der Ortsbeirat Eggersdorf nur einmal das Thema behandelt hat. Er konnte keine Entscheidung des Ortsbeirates finden. Daher interessiert ihn, wie weit die SVV bei ihren Entscheidungen die Bedürfnisse und Befindlichkeiten bzw. auch Entscheidungen des Ortsbeirates berücksichtigt?

Frau Dr. Barkusky führt aus:

- das Verfahren wird durch das LUGV in Frankfurt/Oder geführt, es ist ein Verfahren entsprechend Bundesimmissionsschutzgesetz;
- die Stadt Müncheberg musste nach § 36 des Baugesetzbuches des Landes Brandenburg beteiligt werden;
- zu prüfen war nach § 35 BauGB der Fakt „Bauen im Außenbereich“;
- die Bornheimer GbR zählt derzeit noch als landwirtschaftlicher Betrieb zu den privilegierten Bauvorhaben, (ein diesbezüglicher Gerichtsbeschluss wird zitiert), in diesem Fall sind zwei unterschiedliche Verfahren zu unterscheiden:

1. Behördenbeteiligung zum gemeindlichen Einvernehmen [Beschluss der SVV nach § 10 (1) der Hauptsatzung]

Hier war die terminliche Abfolge wie folgt:

- 29.03.2012 Eingang der Unterlagen vom LUGV in der Stadtverwaltung mit der Aufforderung zur Stellungnahme nach § 35 BauGB bis zum 19.04.2012;
 - durch die Verwaltung wurde eine Fristverlängerung von zwei Wochen – bis zum Ergebnis der nächsten Sitzung der SVV – beantragt;
 - am 02.04.2012 wurden die Ortsbeiräte Eggersdorf und Müncheberg beteiligt;
 - dann folgten die Beratungen in den Fachausschüssen;
 - Beschlussfassung der SVV am 25.04.2012;
2. Das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Möglichkeit Einwendungen zum Vorhaben an das LUGV zu richten,
Terminliche Abfolge der öffentlichen Auslegung:
 - 12.04.2012 - Eingang der Unterlagen vom LUGV bei der Stadt zur öffentlichen Auslegung mit Bekanntgabe der Auslegungsfrist;
 - Auslegung vom 18.04. bis 17.05.2012 im Bürgerbüro der Stadtverwaltung, es wurden alle Einwendungen fristgemäß zum LUGV weitergeleitet;
 - Trennung der Verfahren zur Einvernehmenserklärung der SVV und der Auslegung des LUGV ist aus verwaltungstechnischer Sicht unbedingt zu beachten;

Herr Axel Heinzl-Bernd stellt sich als Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle des BUND in Potsdam vor:

- Grundsätzlich lehnt er Massentierhaltung ab. Es ist aber auch klar, dass diese nicht verboten ist. Es können alle nur durch ihr Kaufverhalten dafür sorgen, dass derart produziertes Fleisch nicht mehr nachgefragt wird. Es gibt viele Argumente gegen die Massentierhaltung (Sojaabbau im Regenwald, Gülle, Art der Tierhaltung, Tierschutzaspekte usw.)

- Hätte die Gemeinde im Beteiligungsverfahren das gemeindliche Einvernehmen ablehnen und Nein sagen können? Er zitiert aus § 35 BauGB. Danach kann das Einvernehmen versagt werden, wenn schädliche Umwelteinwirkungen entstehen. Im konkreten Fall ist das gegeben, denn es entstehen Gülle, Gärreste, Lärm und Gestank. Diese Faktoren hätte man aufgreifen können.
- Weiterhin sind die wirtschaftlichen Aufwendungen für diese Anlage zu sehen, wie Gewährleistung der Ver- und Entsorgung, der Zustand der Straße oder das Problem der Wasserversorgung. Wenn, wie hier, die Verkehrsanbindung und die Wasserversorgung problematisch sind, hätte die SVV das Einvernehmen versagen können. Zu betrachten ist auch, dass Natur und Landschaft beeinträchtigt werden (Freisetzung Stickstoff, FFH-Gebiet).
- Nun hat die Stadt ihr gemeindliches Einvernehmen erklärt und diese Entscheidung ist unwiderruflich.

Herr Prof. Müller dankt für die Darlegungen. Festzustellen ist, dass es scheinbar verschiedene Interpretationen zur Auslegung des § 35 BauGB gibt. Hier treffen zwei unterschiedliche juristische Auslegungen aufeinander. Die Fragen der Umweltbeeinträchtigungen werden im laufenden Verfahren durch das LUGV geprüft. Es ist offen, was dabei herauskommt.

Frau Starik (kommt aus dem Roten Luch):

- Ihr ist bekannt, dass es von Seiten der Bürgerinitiative schon länger eine Auseinandersetzung in Bezug auf die Belange des Umweltschutzes gibt, auch von offizieller Stelle in Form einer Umweltverträglichkeitsuntersuchung;
- Welche negativen Auswirkungen stellt die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) fest und wie wird damit umgegangen?

Die UVP für das FFH-Gebiet war nach Bimsch-Gesetz durchzuführen. Die Bornheimer GbR hat die erforderlichen Unterlagen der Genehmigungsbehörde nachgereicht. Sie waren dann Bestandteil der ausgelegten Unterlagen. Nach Aussage von Herrn Bornheimer ist im Ergebnis der UVP festgestellt worden, dass - aufgrund der technischen Vorrichtungen an der Anlage selbst - die Umweltbeeinflussungen für das FFH-Gebiet nach der Maßnahme geringer sind als vorher. Die Behörden gehen nach der UVP vor. Er akzeptiert das entsprechend.

Herr Bornheimer richtet an den Vertreter des BUND die Frage, warum kein Vertreter der Behörde zum Erörterungstermin anwesend war. Dort hätten die Fachbehörden all diese Fragen sofort beantworten können.

Herr Heinzl-Bernd informiert, dass der BUND die Einwendungen schriftlich verfasst hatte, die im Erörterungstermin auch diskutiert wurden. Er selbst war nicht anwesend, hatte einen anderen Termin.

Herr Moritz fragt, wobei er sich an Herrn Bornheimer, die Mitglieder der SVV bzw. die Bürgermeisterin richtet:

- Welche Vorteile werden für die Stadt Müncheberg, den Ortsteil Eggersdorf und die Bürger(innen) erwartet?

Zunächst antwortet Herr Hahnel:

- Er wohnt mitten im Feld (Trebnitzer Weg) und wie andere auch, in unmittelbarer Nähe einer vorhandenen Schweinemastanlage mit angeschlossener Biogasanlage;
- er hat die Produktionsstätten - Äcker auf denen die Gärreste ausgebracht werden - direkt vor der Haustür;
- seitdem die Gülle nicht mehr direkt auf den Feldern ausgebracht wird und daraus in der Biogasanlage Strom und Wärme produziert wird, ist die Geruchsbelästigung erträglicher geworden.

Herr Buchholz:

Ihm fallen zahlreiche Vorteile ein:

- Er erinnert an die 775-Jahr-Feier der Stadt Müncheberg, in der auffällig war, dass die Stadt in hohem Maße landwirtschaftlich geprägt ist (wesentlicher Wirtschaftsfaktor);
- wenn Unternehmer hier bleiben, sich ansiedeln und etwas in der Landwirtschaft unternehmen, produzieren, Steuern zahlen und Arbeitsplätze schaffen, ist das zu begrüßen;
- er fragt sich, wohin die Entwicklung in der Region sonst gehen soll, man kann sich nicht mit Potsdam vergleichen;
- im ländlichen Raum ist man auf die Betriebe angewiesen und es ist von Vorteil, wenn etwas weitergeht.

Frau van Tankeren sind die Vorteile, die die wesentliche Erweiterung der Schweinezuchtanlage und die Biogasanlage bringen sollen, nach wie vor nicht verständlich. Es werden lediglich 4 oder 6 Arbeitsplätze geschaffen. Sie zitiert Passagen aus einem Schreiben des 1. Beigeordneten des Landratsamtes Herrn Schinkel. Diesem Schreiben ist u. a. zu entnehmen, dass mit Geruchs-, Staub-, Keim-, Ammoniak- und Geräuschmissionen zu rechnen ist. Diese Einwirkungen haben nachhaltige Auswirkungen auf die Eigenart der Landschaft und des Landschaftsbildes. Die Merkmale sind schädlicher als die Vorteile und stören die Lebensqualität nachhaltig. Bei so einem Investitionsvolumen wird viel Zeit vergehen, bis Steuern fließen. Sie hat sich mit Landwirten unterhalten und solche „zehntausender“ Anlagen bringen nur einen geringen wirtschaftlichen Effekt. Außerdem gibt es Befürchtungen, dass diese Anlage nur ein Einstieg in eine noch größere Anlage ist und Herr Bornheimer die Anlage in wenigen Jahren veräußern wird. Der Standort befindet sich sehr nah an der Wohnbebauung Eggersdorf.

Der Moderator stellt fest, dass kein Vertreter des Kreises, der sich zur Stellungnahme des 1. Beigeordneten äußern kann, anwesend ist und dass kein Fachamt des Landkreises Einwendungen gegen das Vorhaben hatte.

Frau Beatrice Andreae aus Eggersdorf äußert sich dahingehend, dass, wenn positive Dinge auf den Weg gebracht werden sollen, das auf keinen Fall auf dem Rücken von irgendwelchen Lebewesen geschehen darf, egal ob Tier oder Mensch. Dabei betont sie die Notwendigkeit des Tierschutzes und problematisiert die Massentierhaltung.

Herr Helmich (wohnt in Tempelberg):

- möchte hier bekannt geben, dass Graf Hardenberg plant, in 700 m Entfernung zum Ort eine Hähnchenmastanlage mit 400.000 Hähnchen zu errichten;
- diese Information ist neu, alle waren überrascht;
- am Montag fand eine Veranstaltung statt und die Bürger sind sich einig geworden, dass es durch den Ort keinen Verkehr für diese Anlage geben wird;

- wenn die Straße für dieses Verkehrsaufkommen nicht freigegeben wird und das Bauvorhaben findet statt, läuft der Verkehr über Müncheberg;
- das sind alle 12 Wochen ca. 50 LKW-Ladungen voller Tiere, es wird erhebliche Umweltbelastungen für Tempelberg geben;
- die Straße ist eine Gemeindestraße, die die Anlieger mit bezahlt haben und bisher wusste keiner etwas von diesem Vorhaben;
- bekannt ist auch, dass MILSANA die Abfälle in der Umgebung von Tempelberg und Müncheberg auf den Wiesen und Äckern verteilt;
- er ist gespannt auf die kommende Auseinandersetzung, wenn der Verkehr durch Müncheberg geht;
- Wie ist das Verkehrsaufkommen für die hier geplante Anlage? Wo wird der Verkehr langgehen? Er kann versichern, nicht durch Tempelberg.

Herr Prof. Müller dankt für die Information. Hier wurde auf kumulative Effekte für die Region aufmerksam gemacht, die mit zu bedenken sind. Das hat aber nichts direkt mit dem Investitionsprojekt der Bornheimer GbR zu tun. Solche Fragen müssen die Behörden im Genehmigungsverfahren prüfen.

Er fragt, ob sich jemand zur direkten Frage des Verkehrsaufkommens äußern kann.

Herr Elias wohnt seit 2003 in Eggersdorf. Er berichtet, dass zu Stoßzeiten (14 Tage im Frühjahr und 14 Tage im Herbst) ca. 70 – 80 Transporte pro Tag zu erwarten sind;

das ist eine Frequenz von 10 Transporten je Stunde in Richtung Müncheberg; wenn jetzt noch das Vorhaben in Tempelberg hinzukommt, kann man sich ausrechnen, was für die Allgemeinheit herauspringen wird. Herr Bornheimer hat für sein Vorhaben Durchschnittswerte hochgerechnet. Fakt ist, dass sich die Transporte auf 2 x 14 Tage konzentrieren und sich die Sachlage damit anders darstellt.

Frau Dr. Barkusky geht darauf wie folgt ein:

- es ist klar, dass die Frage der Transporte viele bewegt und hier auch nachgefragt wird;
- im Erörterungstermin ist dieses Thema mit besprochen worden;
- die Transporte unterscheiden sich vor und nach der Investition, sie werden von 5 auf 8,5 ansteigen (betreffen Futter, Mast, Ferkel, Tierkadaver, Hausmüll, Sanitärwasser);
- die Belastungen bei Fahrten von Silage und Gärresten liegen bei 24 an 5 Tagen im halben Jahr;
- wenn ein Schallgutachten erstellt wird, muss immer der Maximalwert zugrunde gelegt werden, das sind 34 Fahrten, reell sind es aber nur 24 Fahrten.

Herr Bornheimer teilt mit, dass in Zukunft für den Transport von Gärresten 24 Fahrten pro Tag an 5 Tagen stattfinden werden - zweimal jährlich, verteilt über einen Zeitraum von 14 Tagen. Betrachtet man die Gesamttransporte nach der Investition mit dem derzeitigen Zustand sind es jetzt bereits 44 %.

Frau Obertreis fragt, ob die Vorlage in der SVV auch kritische Aspekte zum Inhalt hatte.

Die Bürgermeisterin verneint das. Bei der Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens ging es in erster Linie um das Baugeschehen.

Herr Gräf hat einen Nachtrag zu den Fahrten. Er zitiert aus dem Protokoll des Erörterungstermins: „Es werden an Tagen höchster Belastung für die Biogasanlage max. 24 Fahrten stattfinden und 34 Fahrten für die Schweineanlage.“ Das sind insgesamt 58 Fahrten an Tagen höchster Belastung. Somit gibt es hier Unklarheit.

Die Frage wird nicht weiter aufgeklärt.

Es meldet sich Herr Dr. Dittmar (ehemaliger Gesellschafter der Agrar GbR) zu Wort:

- die Agrar GbR bewirtschaftet u. a. die Flächen von Herrn Bornheimer;
- er nimmt auf das Flugblatt Bezug und kann nicht verstehen, dass 10.000 Schweine als Einwohner bezeichnet werden;
- er fragt sich, woher diese Zahl kommt, zurzeit sind es 870 Sauen, die Anlage wird verdoppelt, dann sind es ca. 1.750 Schweine;
- außerdem wird alles in Großvieheinheiten umgerechnet (jetzt ca. 400, dann ca. 800);
- die Agrar GbR nimmt auch die Gülle von Herrn Bornheimer ab, dafür gibt es im Jahr zwei Termine, 75 ha (jedes Mal eine andere Fläche) mit 20 Kubikmeter, 75 Fuhren an 4 Tagen, also im Durchschnitt 20 Fahrten am Tag;
- ändert sich durch Verdopplung sicher, aber die Gülle wird durch Übernahme in die Biogasanlage weniger;
- richtig ist, dass Gülle, die ausgefahren wird, stinkt (egal ob 4.500 qm oder dann 9.000), dieser Gestank wird abhängig von der Windrichtung unterschiedlich stark wahrgenommen;
- Futtertransporte kann er nicht beurteilen;
- zum Spruch an der Mistmauer bei Herrn Bornheimer kann man sich fragen, wer das „arme Schwein“ ist - für ihn ist es Herr Bornheimer, weil er mit solchen Problemen zu kämpfen hat;
- zum Flugblatt wurde er von einem Kollegen gefragt, wer so was alles schreibt, seine Antwort war: „wohl eine dumme Sau“.

Herr Prof. Müller dankt für die Ausführungen zu den Großvieheinheiten, wäre aber auch dankbar, gewesen, wenn er die letzten Bemerkungen weggelassen hätte, da hier doch alles ohne Polemik abgehandelt werden soll.

Frau Andreae möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass es sich um Lebewesen handelt und man nicht von Einheiten sprechen darf. Man muss jedes einzelne Wesen sehen, genau wie die Menschen als Wesen angenommen werden wollen.

Wie Herr Bornheimer erklärt, dient die Umrechnung in Großvieheinheiten (GVE) dazu, die Nutztierhaltung vergleichbar zu machen. Das ist wichtig für das Steuerrecht, auch um zu unterscheiden, ob es ein landwirtschaftlicher oder gewerblicher Betrieb ist. Man kann nicht Maus und Elefant vergleichen. Der genehmigte Bestand sind 360,4 GVE. Geplant sind 817 GVE. Der jetzige Bestand sind 44 % von dem, was geplant ist. Bei allen Berechnungen und Gutachten werden die Tiere in GVE umgerechnet.

Herr Dräger – Stadtverordneter für die Partei DIE LINKE:

- die Fraktion hat sich umfassend mit der Thematik befasst und er persönlich hat dem Vorhaben zugestimmt, obwohl Herr Bornheimer und Herr Buchholz politische Gegner sind;
- er ist stolz Bürger dieser Stadt zu sein, war auch Einwohner von Eggersdorf und kennt das Dorf von früher;

- er hat sich mit Zeitzeugen unterhalten und dabei u. a. erfahren, dass Straßenbau von der damaligen Meliorationsgenossenschaft durchgeführt wurde, für die Landwirtschaft, (betrifft auch die Straße nach Tempelberg);
- fragt die Bürgerinitiative, ob sie sich die verfallenen Stallanlagen in der Region angesehen hat und wie dort die armen Tiere leben, ihm tut es jedes Mal weh, wenn er dort vorbeifährt;
- alle wissen, dass sich die Strukturen der Dörfer verändern;
- er wartet eigentlich nur noch darauf, dass wegen Lärmschutz die Kirchturmglöcken und Uhren abgestellt werden.

Frau Dr. Barkusky geht auf die bereits mehrfach angesprochenen Tierschutzaspekte ein und informiert über ein Gespräch, das sie mit der verantwortlichen Veterinärmedizinerin - spezialisiert auf Schweinezucht, Schweinemast - geführt hat: Die Tierärzte sind spezialisiert und müssen Fortbildungen nachweisen.

- die Betreuung erfolgt wöchentlich, Besichtigung der Bestände und Dokumentation im Bestandsbuch, auch über Untersuchungen und Behandlung kranker Tiere, Antibiotika darf z. B. erst nach Blut- und Kotuntersuchungen verabreicht werden;
- man kann den Zustand eines Bestandes anhand der Tierarztkosten einschätzen;
- die Tierarztkosten sind bei Herrn Bornheimer niedrig, der Bestand weist einen, im Vergleich der Bundesrepublik überdurchschnittlich hohen Gesundheitsstatus aus;
- ein weiterer, wichtiger Aspekt ist, dass die Bornheimer GbR zur Qualitätssicherung freiwillig an der Zertifizierung - QS-Prüfsystem für Lebensmittel (nachzulesen im Internet) - teilnimmt, die Teilnahme ist sogar kostenpflichtig (Zertifizierung in Abhängigkeit von der Anzahl der Tiere);
- die Kriterien sind sehr streng gehalten und liegen über den gesetzlichen Vorgaben;
- bei Nichteinhaltung der Kriterien werden dem Betrieb Sanktionen und Auflagen auferlegt;
- Anforderungen sind: Rückverfolgbarkeit aller Produktionsstufen (Herkunft, Vermarktung), Kennzeichnung, Identifizierung der Tiere, Futtermittelherkunft, Zusammensetzung der Mischung, Hygiene der Fütterungsanlagen, Futtermittellagerung, Tiergesundheit, Arzneimitteleinsatz, Hygiene, Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen, Überwachung, bauliche Anforderungen, Dokumentation und Monitoring, Tiertransport;
- es besteht ein dreistufiges Kontrollsystem nach QS-Kriterien (betriebliche Eigenkontrolle mit Dokumentation, unabhängige Kontrollen durch Zertifizierungsstellen und Analysen von zugelassenen Laboren, Stichprobenaudits);
- QS ist im Jan. 2001, als die BSE-Krise auftrat, gegründet worden;
- Tiere dürfen nur an Betriebe verkauft werden, die selbst dem QS-System angehören.

Frau van Tankeren merkt an, dass die Ausführungen der Bürgermeisterin interessant waren, fragt sich aber, wenn alles so toll ist, warum einige Bundesländer, teilweise auch EU-Länder Massentierhaltung nicht mehr ausbauen wollen bzw. diese verboten ist. Sie betrachtet Massentierhaltung als einen Irrweg, genau wie die Verwendung von Biomasse für Strom oder Sprit, bei Bio-Sprit ist zur Zeit ja eine Wende zu erleben. Ferner verweist sie auf eine Bekanntmachung des LUGV vom 10.04.2012 zum Punkt der Kapazität, bei der die Zahlen zusammengerechnet eine Stellplatzkapazität von 10.000 Tieren ergeben, wobei die Stallungen mehrmals im Jahr belegt werden.

Hinsichtlich der Zahlen von Herrn Dr. Dittmar ist sie der Meinung, dass diese nicht nachvollziehbar sind: Die hohen Transportzahlen sind nachzulesen im Protokoll des Erörterungstermins, die Straße von Müncheberg nach Eggersdorf ist die einzige Zufahrt von der Stadt zum Dorf und kann nicht als Wirtschaftsstraße deklariert werden (wer soll den Eggersdorfern bis hin zu den Schulkindern erklären, dass die Straße vorrangig für die Landwirtschaft da ist?).

Zur Bebauung im Dorf hat sie eine andere Sicht: Der demografische Wandel bringt schon genug Nachteile, junge Leute ziehen weg; Familien, die noch am Leben auf dem Dorf interessiert sind, werden nicht kommen, wenn so eine Anlage vorhanden ist.

Der Moderator bittet zu bedenken, dass Wertediskussionen auf EU-, Bundes- und Landesebene stattfinden und dass auf der Basis dieser Diskussionen Gesetze erlassen werden, welche die Rahmenbedingungen für derartige Investitionsprojekte vorgegeben. Bei allen Diskussionen ist zu beachten, dass sich das Vorhaben von Herrn Bornheimer innerhalb des gesetzlich gesteckten Rahmens bewegt. Die Rahmenbedingungen können nicht von der Stadt Müncheberg festgelegt werden.

Herr Schulz – Landwirt in der Hofgemeinschaft „Apfeltraum“ in Eggersdorf:

- Für ihn stellt sich zunächst die zentrale Frage, in welcher Welt leben wir, wie wollen wir die Welt gestalten;
- soll es in Zukunft nur noch derart große Anlagen geben, die Probleme mit sich bringen? (Transporte, Energie, Abgase);
- außerdem hat die Gegend jetzt schon unter „Vermaisung“ zu leiden, gibt keine richtigen Fruchtfolgen mehr;
- fragt sich, ob sie auf dem „Apfeltraum“ Spinner oder Träumer sind, weil sie eine andere Form von Landwirtschaft praktizieren.

Herr Dr. Barkusky - Müncheberg:

- wir befinden uns im gesetzlichen Rahmen, wenn es auch zu einigen Fragen unterschiedliche Auffassungen gibt;
- die Kollegen auf dem Apfeltraum haben es nicht leicht, die finanziellen Mittel für den Ökolandbau sind knapp, zusätzlich gibt es Restriktionen in Form von Kontrollen;
- wichtig, über sozialökologischen Umbau in der Landwirtschaft nachzudenken;
- über Massentierhaltung kann man sich streiten, hält persönlich auch nicht viel davon, wenn es z. B. um Hühnermastanlagen geht, wovon kürzlich in der Presse zu lesen war, doch sollte man gemeinsam nach dem richtigen Weg suchen;
- als Landwirt war er persönlich sehr betroffen vom Schreiben der BI, es ist nicht fair und enthielt falsche Aussagen, es war richtig, dass keine Veröffentlichung erfolgte;
- Erklären Sie mir, auf welchen Böden die Landwirte wirtschaften? Auf verseuchten?
- Erklären Sie mir, warum Gärreste mit Klärschlamm gleichgesetzt werden? Gärreste sind ein wertvoller organischer Dünger.
- Der Einsatz von Gärresten reduziert den naturzerstörenden Abbau von Phosphor.

Frau van Tankeren geht auf die Äußerungen ein:

- die BI hat sich gegründet wegen des Vorhabens von Herrn Bornheimer, sie sieht ihre Hauptaufgabe in der Verhinderung dieser Anlage;
- klar ist, dass diese Anlage nur ein Symptom ist, Müncheberg wird langsam von großen Anlagen eingekreist, in Mecklenburg-Vorpommern gibt es Regionen mit riesigen Anlagen der Geflügelhaltung;
- die Gärschlämme können auch als „Nitratbomben“ ausgelegt werden;
- die Ausbringung der Gülle und Gärsubstrate muss beobachtet, kontrolliert werden;
- Landwirte gehen z. T. sehr „schlampig“ damit um, die Gülle wird nicht immer zeitnah untergepflügt;
- in Eggersdorf ist eine hohe Nitratbelastung zu verzeichnen, die höchste im Landkreis MOL;

- Belastung der Böden ist am Limit, durch Biogasanlagen hat man in Spitzenzeiten immer mehr Probleme die großen Mengen sinnvoll unterzubringen;
- auch die BI kann bestätigen, dass die Anlage der Bornheimer GbR im gesetzlichen Rahmen liegt;
- aber auch Gesetze sind nicht unumstößlich und können geändert werden;
- die Agrar-Gesetzgebung der Bundesrepublik ist stark veränderungsbedürftig, es gibt bereits einen Gedankenaustausch quer durch alle Parteien und Ebenen.

Herr Prof. Müller schätzt eine Wertediskussion zur Landwirtschaft als wichtig und legitim ein. Er möchte sie aber an dieser Stelle abschließen. Derzeit gibt es eine breite politische Diskussion, die aber über den Müncheberger Rahmen hinausgeht. Wichtig ist, die Öffentlichkeit für solche Fragen zu sensibilisieren, doch muss diese Diskussion vom konkreten Investitionsprojekt der Bornheimer GbR getrennt werden.

Herr Bolz:

- für ihn werden die Zusammenhänge falsch dargestellt;
- wenn sich die Anzahl der Schweine erhöht, von jetzt 44 % auf dann 100 %, fallen auch mehr Abfälle an;
- diese werden zum Teil bis nach Obersdorf transportiert und dort verklappt;
- das ganze Investitionsprojekt geht also nicht nur Eggersdorf, sondern die gesamte Umgebung etwas an;
- Landwirte sollten sehr wohl darauf achten, was mit ihren Böden passiert;
- es gab aber auch schon ein Beispiel, wo genmanipulierte Kartoffeln angebaut werden sollten, was verhindert wurde (Herr Dr. Dittmar wurde in die Knie gezwungen);
- sie werden das auch mit dem Investitionsvorhaben der Bornheimer GbR machen;
- es wird nicht die letzte Veranstaltung, von der BI initiiert, sein, es geht jetzt erst los.

Herr Hahnel informiert, dass Herr Bornheimer sowieso bauen muss. Durch neue Festsetzungen zum Platz für Muttersauen ist er vom Gesetzgeber gezwungen umzubauen.

Durch die gleichzeitige Erweiterung wird die Ökonomie verbessert. Persönlich würde er es begrüßen, wenn die Ferkel auch in der Bornheimer GbR vor Ort aufgezogen würden und dort auch ein Schlachthaus wäre. Dann wäre eine Kreislaufwirtschaft, die allgemein gewünscht wird, gegeben.

Herr Domke nimmt dann auf die Anfrage von Herrn Gräf, wie er in der Zeitung behaupten kann, dass zwei Veranstaltungen in Eggersdorf stattgefunden haben, Bezug. Richtig ist, dass sogar drei Veranstaltungen stattgefunden haben:

- 07.07.2010 – Scoping-Termin des LUGV, (diese Veranstaltung hatte er fälschlicher Weise dem Ortsbeirat zugeordnet, wofür er sich entschuldigt),
- 17.08.2010 – OBR-Sitzung, in der auch der Tierbestand erläutert wurde,
- 27.08.2010 – Vorstellung der geplanten Anlage durch den Investor Bornheimer GbR.

Zum Scoping-Termin hatte der OBR verlangt, dass die Anlage vorgestellt wird. Das erfolgte durch das beauftragte Planungsbüro. Leider waren zur Vorstellung nur sehr wenige Bürger Eggersdorfs anwesend. Vom OBR wurde beim Scoping-Termin bereits die Frage der Wasserversorgung angesprochen sowie die Fragen des Transports. Der OBR hat sich also mit den Problemen befasst. Zur Massentierhaltung kann hingegen jeder seine eigene Auffassung haben.

Herr Domke macht auf die ehemalige Anlage am Ortseingang von Tempelberg aufmerksam, die sich als Trümmerfeld mit Müllhalde darstellt. Er nimmt als Ortsvorsteher lieber eine neue und erweiterte Anlage in Kauf als solch ein Trümmerfeld am Ortseingang.

Herr Jacob Ganten vom Apfeltraum Eggersdorf:

- Konflikt ist ihm unangenehm, haben lieber eine gute Zusammenarbeit;
- trotzdem bestehen Bedenken und Betroffenheit in dieser Frage;
- bringt die Betroffenheit als Nachbarbetrieb zum Ausdruck, sie sind ein ökologisch wirtschaftender Betrieb mit verschiedenen Produktionsbereichen;
- es gibt ca. 10 – 12 Arbeitsplätze je nach Saison und 2 Auszubildende;
- viel wird in Richtung ökologischer Bildungsarbeit getan, wofür sie im letzten Jahr als Demonstrationsbetrieb ausgezeichnet wurden;
- die Bornheimer GbR ist der unmittelbarste Nachbar, was Flächen und Gebäude betrifft;
- machen sich Sorgen in Bezug auf solche Art der Tierhaltung, vor allem in der geplanten Größenordnung;
- Bedenken gibt es auch zur Biogasanlage, Phosphor wird nicht durch die Biogasanlage generiert, muss teilweise aus dem Ausland dazugekauft werden, dem Betrieb entfällt lediglich die Notwendigkeit, in Größenordnungen zuzukaufen;
- kaufen selbst kein Phosphor zu, womit nicht gesagt werden soll, dass es eine schlimme Sache ist;
- macht auf die steigenden Futtermitteltransporte und die „Vermaisung“ aufmerksam;
- sieht den angeschlossenen Bio-Handel in Gefahr, die Abnehmer möchten keine Produkte erwerben, die aus so einer Nachbarschaft kommen, gab Einwendungen von Abnehmern (z. B. Naturkosthandel in Berlin);
- er würde sich freuen, wenn es eine Änderung der Beschlüsse geben würde;
- würden sich nicht freuen, wenn die Anlage wie diese in Tempelberg aussehen würde;
- wollen auch einer betrieblichen Entwicklung bei Herrn Bornheimer nicht entgegenstehen;
- ist sich aber sicher, dass es nachbarschaftsverträglichere und zukunftsfähigere Konzepte gibt.

Herr Gräf bedankt sich zunächst bei Herrn Domke für die Beantwortung seiner Frage. Er geht dann auf die Veranstaltungen und die Information dazu ein. Wenn zu so einem wichtigen Termin nur wenige Leute erscheinen, muss etwas nicht richtig gelaufen sein. Bei den Eggersdorfern gibt es nicht so viel Desinteresse. Vielleicht sind nicht die richtigen Methoden gewählt worden (Bekanntmachung im Schaukasten).

Die Ausführungen von Frau Dr. Barkusky zu veterinärmedizinischen Aspekten aufgreifend, stellt er sich die Frage, warum Herr Bornheimer, diese Sachen, wenn alles so o.k. ist, nicht öffentlich vorstellt. Persönlich kannte er den Termin nicht.

Frau Kerschke – Stadtverordnete in Müncheberg/Rentnerin:

- war selbst über 40 Jahre in der Schweineproduktion tätig, 22 davon in Müncheberg;
- es wird auch in Zukunft beide Betriebsformen geben, den kleinen, idyllischen und ökologischen Betrieb und große Produktionsstätten, die hier als Massentierhaltung bezeichnet werden;
- die Landwirtschaft ist dafür da, Lebensmittel für die Bevölkerung zu produzieren;
- was nicht in Deutschland produziert werden kann, muss importiert werden;
- gibt strenge Maßstäbe in der deutschen Produktion, es kann nicht eingeschätzt werden, welche Kriterien es für Importe gibt;

- hatte vor einigen Jahren die Gelegenheit die Anlage von Herrn Bornheimer zu besichtigen; kann einschätzen, dass die Tiere gut belüftet, temperiert, sauber, ordentlich untergebracht sind, die Anlage computergesteuert ist;
- bessere Bedingungen im Vergleich zu dem, wie früher die Sauen auf Stroh und Mist gehalten wurden;
- es ist schön, dass es idyllische Betriebe gibt und ökologische Produkte angeboten werden, aber wie viel Fläche würde benötigt, wenn alle Tiere von Herrn Bornheimer so gehalten werden;
- Produktion in großen Einheiten ist erforderlich, um den Bedarf zu decken, die Menschen wollen bezahlbare Lebensmittel, sie kann sich als Rentnerin kein „ökologisches Schnitzel“ leisten;
- je günstiger und gesünder das Fleisch in Deutschland produziert wird, desto besser ist das;
- Eggersdorf ist seit Jahrzehnten durch die Schweinezucht geprägt, Herr Bornheimer hat die aus DDR-Zeiten stammende Anlage gekauft und modernisiert, dies sollte für Eggersdorf eigentlich kein Problem sein.

Herr Gralow - Bürger aus Müncheberg:

- Wo befinden wir uns, wenn wir den Stand des Baugenehmigungsverfahrens betrachten?
- Wie groß ist die Investitionssumme?

Wie Frau Dr. Barkusky mitteilt, können zum Verfahren hier keine Aussagen getroffen werden. Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit über das Ergebnis informieren. Das Ergebnis wird auch wieder ausgelegt. Im Ergebnis wird es evtl. auch Auflagen geben. Mit dem Ergebnis ist frühestens zum Jahresende zu rechnen. Die Verfahren dauern üblicher Weise ein Jahr.

Die Frage zum Investitionsvolumen beantwortet Herr Bornheimer. Das Volumen für die Schweinezuchtanlage beträgt 3 Mio. €.

Herr Tondorys - ehemaliger Gastronom in Müncheberg:

- seit Jahren versucht die Stadt sich in Richtung Tourismus, als Tor zur Märkischen Schweiz zu entwickeln;
- mit der geplanten Anlage wird eine falsche Richtung eingeschlagen, auch wenn ökologisch produziertes Fleisch teurer ist;
- wurde überlegt, was hier auf den Weg gebracht werden soll?

Frau Dr. Barkusky greift den angesprochenen Konflikt Landwirtschaft und Tourismus auf.

Müncheberg ist eine landwirtschaftlich geprägte Kleinstadt. Landwirtschaft und Tourismus müssen sich nicht beißen. Es besteht bereits eine Anlage. Für die Erweiterung werden Ausgleichsmaßnahmen realisiert. Vor einigen Jahren gab es Kritik zur Anlage, jetzt wird etwas gemacht.

Herr Tondorys sieht seine Frage nicht richtig beantwortet. Er ist in erster Linie daran interessiert, wie in Sachen Tourismus weiter verfahren werden soll. Er macht auf das jetzt schon sehr hohe Verkehrsaufkommen und die Unfälle durch die Stadt aufmerksam. Unter diesen Bedingungen kann sich kein Tourismus entwickeln. Überall wird versucht mit Förderungen im Tourismus etwas voranzubringen, hier ist aber kein Konsens zu erkennen. Nachgedacht sollte über eine Direktanbindung Eggersdorfs von der B 1 werden, um den Verkehr in Müncheberg zu reduzieren.

Eine weitere Rednerin äußert sich zu grundsätzlichen Fragen des Tourismus:

2010 und 2011 lagen die Einnahmen im Land aus Tourismus über denen der Landwirtschaft.

Den Aspekt der Flächen, die für die Schweine in traditioneller Haltung benötigt werden, kann sie nicht teilen. Außerdem wird über Bedarf produziert. Es ist mehr Schweinefleisch im Angebot, als gegessen wird. Eine solche Anlage wird also nicht gebraucht.

Frau Obertreis hält es für notwendig, begrifflich zwischen Landwirtschaft und Agrarindustrie zu unterscheiden. Durch Großkapital werden die kleinen Betriebe kaputt gemacht. Die Großproduzenten haben genug Geld und können auch jeden geforderten Pachtpreis bezahlen, was die kleinen Landwirte nicht können.

Für sie ist auch wichtig zu verstehen, warum es vor der Entscheidung keine Vereinbarkeitsstudie mit den Zielen der Stadt Müncheberg zum Ausbau des Tourismus gab.

Frau van Tankeren spricht das Trinkwasserproblem an:

- leider konnte heute kein Verantwortlicher der WAMS teilnehmen;
- auch andere Institutionen haben abgesagt, da es ein schwebendes Verfahren ist, und so fehlen heute die Fachleute;
- nach ihrem Informationsstand wird Eggersdorf mit Trinkwasser aus einem eigenen Brunnen versorgt;
- der Wasserdruck ist in Eggersdorfer Haushalten teilweise sehr kritisch, WAMS kann den Druck nicht erhöhen, da die Leitungen sehr alt sind und vermehrt Schäden befürchtet werden;
- wie die Wasserversorgung der Schweinezuchtanlage und die Entsorgung gestaltet werden sollen, ist und bleibt ihr ein Rätsel.

Herr Domke antwortet:

- dass Eggersdorf einen eigenen Brunnen hat ist richtig;
- dass der Wasserdruck sehr schlecht ist, ist der WAMS bekannt;
- er ist als Bewohner der Eggersdorfer Siedlung auch selbst von niedrigem Druck betroffen, durch Beschwerden bei der WAMS konnte eine Verbesserung erreicht werden,
- er hat über dieses Problem mit der WAMS gesprochen, eine Lösung wäre eine Neuinstallation, woraus dann aber auch Baukostenzuschüsse für Anlieger resultieren - davor drückt er sich, weil Kosten auf die Bürger zukommen;
- voraussichtlich wird Eggersdorf in zwei Jahren eine neue Abwasserleitung bekommen;
- wird von den Eggersdorfern ein neues Leitungssystem gewünscht, wird sich der OBR dafür in den Gremien stark machen, dann muss man aber auch mit den Kosten leben;
- außerdem hat der Wasserverband zum Vorhaben der Bornheimer GbR Stellung genommen und eingeschätzt, dass er in der Lage ist, die Versorgung zu sichern, das muss so zur Kenntnis genommen werden, denn nur der Versorger kann das richtig einschätzen.

Herr Bornheimer ist das Problem der Wasserversorgung seit langem bekannt.

Problematisch ist der Druckabfall, insbesondere nach der Fütterung. Um das Problem zu lösen, hat der WAMS vorgeschlagen, einen Wasservorratsbehälters zu bauen. Die Größe ist noch nicht klar (darf wegen der Verkeimung nicht zu groß sein). Die Befüllung soll dann nachts erfolgen. Damit wird dann am Tag nicht mehr so viel Wasser entnommen. Die WAMS hat dem Vorschlag zugestimmt.

Herr Gräf begrüßt es, dass diese Frage, die im Erörterungstermin völlig offen geblieben war, jetzt beantwortet und eine Lösung gefunden wurde.

Herr Hans-Jürgen Jacob ist seit April 2012 Bürger in Müncheberg. Er hat Probleme, diese Dinge und die Entwicklung zu verstehen. Wenn die Politik in Müncheberg weiterhin bei dem Standpunkt bleibt, dass die Stadt landwirtschaftlich geprägt ist, heißt das für ihn große Anlagen und Massentierhaltung. Wenn das der Weg sein soll, soll die Politik das klar sagen. Bei der nächsten Wahl wird sich zeigen, ob dieser Weg von den Bürgern mitgegangen wird.

Herr Moritz richtet sich an die versammelte Bürgerschaft und Herrn Bornheimer. Er bittet die Bedenken zu verstehen. Heute hat er erfahren, dass auch Hohenstein von einer Hühner-Mastanlage bedroht wird. Es ist eine Tendenz zu verspüren, dass die Gegend von Großbetrieben eingekreist wird.

Er fragt Herrn Bornheimer, was mit der Anlage passiert, wenn er sich zur Ruhe setzt.

Herr Bornheimer kann die Frage nicht verstehen. Welcher andere Unternehmer wird kurz vor der Rente gefragt, was mit seinem Betrieb wird? Er hat immer versucht in Eggersdorf mit jedem auszukommen. Auch zum Apfeltraum hat er ein gutes Verhältnis, sogar Vertrauensverhältnis gepflegt, trotz der unterschiedlichen Auffassungen über Produktionsformen. Hier geht es um das Verfahren als solches und eigentlich geht es niemandem etwas an, was in Zukunft mit seinem Betrieb wird. Er sucht aber nach einer vertretbaren und einvernehmlichen Lösung. Selbst möchte er noch solange wie möglich in der Betriebsgemeinschaft mitwirken und dann rechtzeitig einen Nachfolger einarbeiten. Das wird so angestrebt, ist aber noch nicht in Sack und Tüten. Er ist prinzipiell an Lösungen, auch im Einvernehmen mit der Bevölkerung interessiert.

Seit den 50-iger Jahren gibt es die Sauenanlage in Eggersdorf. Heute gibt es viele Möglichkeiten mit entsprechenden Maßnahmen Einfluss auf die Belastungen der Umwelt zu nehmen. Die Belastungen werden durch die Erweiterung nicht zunehmen, im FFH-Gebiet sogar verbessert. Von der Umwelt her verbessert es sich. Unbestritten ist aber die Zunahme der Transporte.

Frau Dr. Barkusky unterstreicht die Aussage, dass die Anlage von Herrn Bornheimer nicht neu ist. Neu sind die Informationen zu den geplanten Anlagen in Tempelberg und Hohenstein. Für sie ist das ein gravierender Unterschied. Sie bestätigt die Verbesserungen für die Umwelt durch die Investition, was sich auch auf die Wohnqualität in Eggersdorf auswirken wird.

Frau Andreae möchte das scheinbar existierende Missverständnis aufklären, dass die Mitglieder der BI grundsätzlich gegen Landwirtschaft sind. Sie möchten eine verträgliche Landwirtschaft für Mensch und Tier. Die Menschen haben ein gewisses Bewusstsein und es ist nicht schön, wenn man in einer Welt mit Großanlagen leben muss und wenn man weiss, dass hinter den Mauern, hermetisch abgeriegelt, Tiere in Massenhaltung leben müssen.

Es gibt Menschen, die sich daran stören. Ein positives Beispiel ist für sie der Apfeltraum. Es muss bedacht werden, dass der so genannte Fortschritt nicht den Tieren zugute kommt. Die Tiere werden in der Großanlage noch mehr leiden.

Herr Jörg Pujanek äußert sich folgendermaßen:

Er hat nichts gegen Herrn Bornheimer und seine Anlage - aber ihm kann niemand erzählen, dass es nicht stinken wird. Die Anlage in Richtung Obersdorf stinkt auch, Müncheberg wird

von Anlagen eingekreist. Es ist nicht zu verstehen, dass die Abgeordneten den Geruch nicht wahrnehmen. Auch das Argument der Arbeitsplätze kann er nicht akzeptieren, da es an der Biogasanlage lediglich einen (Niedriglohn-)Arbeitsplatz geben wird.

Herr Hahnel hatte von der Ausbringung der Gülle gesprochen. Durch Entfernung der Bäume ist die Immission von der Schweinemastanlage in Richtung Obersdorf je nach Windrichtung stärker wahrzunehmen. Aber durch die Biogasanlage wird weniger Gülle ausgebracht und die Belastung ist zurückgegangen.

Herr Dr. Barkusky macht darauf aufmerksam, dass hier über eine Schweinezuchtanlage diskutiert wird, die bei Weitem nicht die Ausmaße der in Hassleben mit 60.000 Tieren erreicht. Er bittet, sich im Meinungsstreit sachkundig zu machen. Man kann sich an das Landwirtschaftsamt des Kreises wenden und dort die Nährstoffbilanzen einsehen. Es wird genau festgelegt, wie und welche Gärreste als Dünger ausgebracht werden dürfen.

Herr Dr. Werner – lebt seit 20 Jahren in Müncheberg. Für ihn ist beeindruckend, dass Herr Bornheimer hier Rede und Antwort in einer sehr offenen Form steht, er ist ihm dafür sehr dankbar. Die Bürger können froh sein, ihn zu haben, denn ein anderer Investor hätte sich der Diskussion vermutlich nicht gestellt. Er würde davon ausgehen, dass die Signale für eine Genehmigung sehr gut sind und stellt sich die Frage, wie es im Falle einer Genehmigung weiter gehen soll.

Er möchte empfehlen, mit Herrn Bornheimer zu reden, die Investition für Müncheberg zu nutzen, gemeinsam nach Lösungen, auch in Sachen Tourismus zu suchen und einen Weg zu finden, daraus ein Modell zu entwickeln, wie mit Fragen der Landwirtschaft umgegangen wird. Es wäre zu begrüßen, wenn es mehr Höfe, wie den Apfeltraum gäbe, aber die Realität sieht anders aus. Daher plädiert er dafür, Herrn Bornheimer als Partner zu sehen und sich mit ihm bezüglich bestehender Probleme möglichst abzustimmen (z. B. die Zeiten für die Transporte so zu legen, dass nicht die Schulkinder unterwegs sind oder mit ihm über einen Transportweg auf eigenen Flächen zu verhandeln).

Frau van Tankeren schätzt die Äußerungen von Herrn Dr. Werner als positiv ein, mit der ggf. die Veranstaltung beendet werden könnte. Sie begrüßt die von Herrn Bornheimer bekundete Bereitschaft zu solchen Gesprächen, merkt aber auch an, dass die Einwohnerversammlung nur auf Druck der BI zustande gekommen ist. Die bekundete Offenheit und Gesprächsbereitschaft hat sie in der Vergangenheit nicht erkennen können.

Ferner stellt sie fest, dass alle die heute hier ihre Meinung und Ansicht geäußert haben, sehr konstruktiv an die Sache herangegangen sind - alle wollen und müssen zusammenleben. Es war ihnen wichtig, dass Herr Bornheimer, die Bürgermeisterin und die Stadtverordneten die Sorgen und Ängste auch mal kennen lernen.

Abschließend betont Herr Prof. Müller, dass mit der Einwohnerversammlung eine Möglichkeit geboten wurde, Bedenken und Sorgen zur Sprache zu bringen und mehr Transparenz zum Vorhaben zu schaffen. Das Vorhaben selbst und generelle Fragen zur Landwirtschaft und Tierhaltung wurden nochmals ins Bewusstsein gebracht. Es ist jetzt abzuwarten, wie das LUGV entscheidet. Er bedankt sich ganz herzlich für die von allen gezeigte Disziplin. Sein besonderer Dank gilt den Sprecher(Inne)n der Bürgerinitiative und den Vertreter(Inne)n der Stadt, die mit ihm das Podium gebildet haben, sowie Frau Paschen für die Protokollierung der Veranstaltung. Der in nächster Zeit entstehende Protokollentwurf wird mit den Vertretern der BI und der Stadt in einer weiteren Gesprächsrunde abgestimmt. Gemeinsam wird dann beraten, was mit dem Protokoll gemacht werden kann.

Hinweis: Der Inhalt des Protokolls über die Einwohnerversammlung wurde zwischen dem Moderator, den Vertretern der Bürgerinitiative und der Bürgermeisterin in einer Zusammenkunft am 18.10.2012 abgestimmt und in der vorliegenden Fassung bestätigt.

Protokoll ausgefertigt: gez. Paschen
C. Paschen